

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Sehdorf, Adlig. Bernsdorf, Adlig. St. Hedwig, Bernsdorf, Marienau, Knobelsdorf, Ortmannsdorf, Mitten St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Horn, Niederwitten, Radtschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 127. 69. Jahrgang. Donnerstag, den 5 Juni 1919. 1919.

Seifenmehl f. Kinder bis zu 2 Jahren, Kinderernährungskarte Abschn. XIV, 1 Pfd. 80 Pfg., für Kinder von 2-4 Jahren $\frac{1}{2}$ Pfd. Seifenmehl 40 Pfg., und 1 Päckchen Reis für 40 Pfg. **Mittwoch** nachm. $\frac{1}{2}$ 3-5 Uhr in der **Milchküche**.

Gemüseverkauf, rote Rüben, 5 Pfd. 75 Pfg. Bezahlung 9-11 Uhr im Lebensmittelamt.

Aufstellung neuer Kundenlisten. Bis Donnerstag nachm. 6 Uhr hat sich jeder **Haushaltungsvorstand** bei demjenigen Händler, bei welchem er künftig seine Lebensmittel entnehmen will, unter Angabe des Alters der unter 6 bzw. über 65 Jahre alten Personen, in die **neue Kundenliste** eintragen zu lassen. Die Verteilung der Lebensmittel nach der neuen Kundenliste wird nochmals bekanntgegeben.

Städtisches Lebensmittelamt.

Margarineverkauf:
Donnerstag, den 5. Juni. Auf den Kopf 50 Gramm für 22 Pfg. bei den Händlern - Landesfestkarte - Marke I -
Der Ortsernährungsausschuss für Collnberg.

Bezirksverband.
R.-L.-Nr.: 726. a. M. I.
Auf Anregung des Fachauschusses für das Bäckerei- und Konditorei-Gewerbe, Bezirk Glauchau, wird mit Zustimmung des Bezirksauschusses folgendes angeordnet:

Diejenigen Bäckereien, die monatlich mehr als 60 Ztr. Mehl umsetzen, haben 1 Gesellen und diejenigen Bäckereien, die mehr als 100 Ztr. Mehl umsetzen, 2 Gesellen einzustellen, soweit entsprechende Angebote erwerbsloser Gesellen vorliegen, und zwar ohne Rücksicht auf etwa bereits beschäftigte Lehrlinge.

Bei der Einstellung eines Gesellen soll der betreffende Bäckermeister in erster Linie diejenigen Gesellen berücksichtigen, die sich seit mindestens 3 Monaten im Bezirk aufhalten. Auf Großbetriebe soll diese Bestimmung sinngemäß Anwendung finden mit der Forderung, daß auf je 10 Zentner Monatsumsatz 1 Gehilfe eingestellt sein muß.

Die Bäckereibetriebe des Bezirks haben den dieser Verordnung entsprechenden Bedarf an Gesellen umgehend beim Bezirks-Arbeitsnachweis Glauchau - Fernruf 33 - anzumelden.

Bäckern, die dieser Anordnung nicht nachkommen sollten, werden die Mehlbezugscheine entsprechend gekürzt.

Alle erwerbslosen Bäckergesellen des Bezirks werden aufgefordert, sich binnen 8 Tagen mündlich oder schriftlich beim Bezirks-Arbeitsnachweis Glauchau zwecks Zuweisung einer Arbeitsstelle anzumelden.

Glauchau, den 27. Mai 1919.
Antehauptmann Freiherr v. Welck.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Vom Standgericht München wurde nach zweitägiger Verhandlung der 1883 in Petersburg geborene Redakteur Dr. Eugen Levine, badiſcher Staatsangehöriger, jüdischer Konfession, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.
- Aus Paris wird gemeldet, daß die Streikbewegung in Frankreich zunimmt. Insgesamt sind 350 000 Arbeiter ausständig.
- In Valence a. d. Rhone kamen bei einer Feuersbrunst im Gedränge viele Personen zu Schaden. Mehr als 89 Tote wurden gezählt, 68 Kinder, 11 Frauen und 1 Mann sind ersticht, etwa ganze Anzahl wurde zu Boden geworfen und zertreten.
- „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge wurde im englischen Unterhause mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in England über eine Million beträgt; die Zahl der arbeitslosen Kriegsteilnehmer beträgt 408 000.
- Der „Matin“ enthält die wahren Gründe Frankreichs, die es mit der Losrennung des Rheinlandes verfolgt. Frankreich möchte gern das Ruhrgebiet an die Rheinische Republik angegliedert sehen, um auf diese Weise Ruhrnießer der Ruhrhöhle zu werden.
- Die österreichischen Friedensbedingungen haben in Wien einen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen und werden als undurchführbar betrachtet.
- Nach amerikanischen Meldungen werde der ehemalige Kaiser von Deutschland nicht mehr lange in Amerongen bleiben, sondern nach Deutschland zurückkehren.
- Der ehemalige König von Bayern soll geistig umnachtet sein.
- Die deutsche Regierung hat durch Erzberger eine Protestnote an Foch gegen die französischen Untertate im Rheinland gerichtet.

Zur Ausrufung der rheinischen Republik.

Frankfurt a. M., 3. Juni. Ueber die Ausrufung der rheinischen Republik in Wiesbaden und Mainz erfahren wir noch: Die Plakate, welche die Ausrufung der Republik proklamieren, sind in der „Rheinischen Volkszeitung“ in Wiesbaden gedruckt worden. Sie waren von französischen Offizieren nachweisungs-mäßig angebracht, von der Bevölkerung aber wieder entfernt worden. Ein abermaliger Anschlag heute früh hatte das gleiche Schicksal. Die von der Entziehung Beteiligte wurden verhaftet. Ein nationaler Ausschuss an dessen Spitze der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Amtsgerichtsrat Dr. Stein, steht. Aberteilte dem französischen militärischen Kommandanten Binot einen Protest gegen

die Ausrufung der Republik. Stein wurde von Binot geladen und von ihm mit Absichtung nach Mainz abgeführt. Infolge des allgemeinen Ausstandes, welcher heute vormittag 10 Uhr einsetzte, hat, sind sämtliche Läden und Schulen geschlossen. Das Elektrizitätswerk arbeitet nicht, die Straßenbahn fahren nicht. Die Leitungen haben die Arbeiter eingestellt. Die französische Militärverwaltung hat für den Fall des Scheiterns der Ausrufung eine Abberufung der Lebensmittelkarten angekündigt. In Dortm wurde zum Staatspräsidenten ernannt und hat seine Tätigkeit begonnen. Binot hat den Reichspräsidenten von Wiesbaden wissen lassen, daß er bei nun an der neuen Regierung anerkennen sei und Dortm zu gehorchen habe. Regierungspräsident v. Meißner hat daraufhin seinen Abschied genommen.

Der 1. Juni. Die Majoretten-Paraden wurden durch die abklingende Nacht gestoppt. In Anbetracht an die bereits bekannte Proklamation der sogenannten Rheinischen Republik eine Kundgebung im Sinne der neuen Regierung zu veranstalten.

Offene Beteiligung Frankreichs.
Berlin, 3. Juni. Von zuständigen Stellen erfahren wir, daß die französische Besatzungsbehörde vom Polizeidirektor in Wiesbaden auch schriftlich verlangt hat, dafür zu sorgen, daß die Plakate, welche die Proklamation der Rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt werden. Diese Forderung steht im Widerspruch dem was von den Besatzungsbehörden immer wieder betonten rein passiven und vollständigen Charakter der Truppenabermung.

Die Enttäuschung im Rheinland.

Berlin, 3. Juni. Am Montag strömten in Ludwigshafen viele tausend Arbeiter aller großen Fabriken ebenso wie die Beamten und Angestellten als Protest gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik. Die Franzosen versuchten durch große militärische Aufgebote Demonstrationen entgegenzusetzen. In Ludwigshafen, wie in der ganzen übrigen Rheinischen Provinz, haben die französischen Besatzungsbehörden die Ausrufung der Rheinischen Republik als vollständig verurteilt betrachtet. In Mainz wurde der Protest als „Gegenakt“ am Montag bis zum Abend angeschlossen durchgeführt. Ein starkes militärisches Aufgebot, vor allem Senegaltruppen, hat sich in Wiesbaden eingestellt. Infolge dieser Einschüchterung der französischen Behörden der Protestaktion am 1. Juni nachmittags abgebrochen. Die heftige Reaktion gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik hat auch in allen Teilen und hat eine energische Protestnote an den französischen Oberbefehlshaber wegen Verletzung politischer Führer gerichtet.

Dortm - Aachen - Krümmen.

Berlin, 3. Juni. Die Rheinischen Hochverratsverurteilungen im Vertrauen auf ihre französischen Helfer durch die Enttarnung der Reichsregierung und durch die abklingende Haltung der Rheinischen Bevölkerung in ihrer Programmen offenbar nicht hören. Weiter erschienen im Bundeshaus, welches zum Ende der neuen Regierung bestimmt wurde, nach einer Meldung des H. T. der Landeshauptmann Meißner der Staatsanwaltschaft Dortm und der Wirtschaftsminister Meißner, um die Regierung anzuregen. Als sie nicht empfangen wurden, reichten sie auf französische Offiziere, die sie als Bezeugen mitgebracht hatten. Die Behörden im Rheinland haben noch keine Entscheidung abgegeben, und über die Revision der neuen Regierung ist noch nichts bekannt. Nur über den Hochverratsverurteilung Dortm macht eine Berliner „Welt“, London eingehende Mitteilungen, aus denen zu entnehmen ist, daß Dortm jetzt nach Bernier der Berliner Staatsanwaltschaft ist. Er wird als Hochverratsverurteilung, und taum als heilig beschützt bezeichnet. Dortm ist 1889 in Eudend im Rheinland geboren und arbeitete bis 1911 in Düsseldorf als Staatsanwalt, dann in Berlin. Während des Krieges war er Hauptmann bei einem Generalkommando und hatte während dieser Zeit mehrfach Urlaub wegen seiner nicht anerkannten Verwundung. Nach der Entlassung aus dem Kriegsdienst ging er mit einem langwierigen Urlaub zur Armee nach Wiesbaden, kehrte sich aber dann in das besetzte Gebiet und kehrte nach Ablauf des Urlaubs nicht nach Berlin zurück. Die Justizbehörde von dort hat ihm bei seiner Entlassung ein und erklärt, daß Dortm sich vollständig über die Tätigkeit und offenbar Verbindungen mit französischen Behörden im Rheinland unterzieht.

Die Bedingungen für Österreich. Deutsch-Böhmen an die Tschechen.

Am 3. Juni. Das kaiserliche Entschlossenheitsgesetz, das den österreichischen Bevölkerungsmehrheiten in der Grenzregion die Friedensbedingungen mit Ausnahme der militärischen, des Handelsverkehrs, der finanziellen und gewisser Grenzkontrollen überträgt, wurden. Die erwähnten Klauseln sind noch nicht im Heberreich verlegt. Der österreichische Vertrag folgt genau den Wünschen der deutschen und ist in vielen bis auf die Forderung des Namens mit ihm identisch. Österreich der Ausdruck „Deutsch-Österreich“ vorzunehmen, wird durch den Vertrag ein Staat von etwa sechs Millionen Einwohnern, die ein Gebiet von 50-60 000 Quadratkilometern bedecken. Es gewinnt die vollständige Unabhängigkeit Ungarns, der Tschechen Slowakei und es bildet ein föderales österreichisches Staat an.

unterricht zu schenken...
mehr gebrauchte...
werden. Ueber die...
zustände in Lip...
richt einfordern...
der Schulanter...
geseit die Art...
ragen. Die kaum...
gebracht werden...
denunterricht...
begleit eines Fei...
sei eine innere...
die sich sein Abac...
berhalb der Sic...
die Genehmigung...
der Mittelschulen...
sehr eingehend...
als Verwaltungs...
wirtschaft. Das...
entfaltung der...
Juni.
Lichtenstein.
Mai 1919.
in 1170 Posten...
Pf. 11033 Posten...
ne Konten 156...
07 M. 41 Pf...
liche Verzinsung...
marken.
ung von...
Depots.
8-1 u. nachm...
Unterbrochen...
müssen bei Wei...
angerechnen ab...
in Heringslag...
berhalb Stunden...
aufweisen ins Re...
Ein weiterer Be...
scheid, die selbe...
beherrscht. Der...
des Todes, daß...
heute.
indig...
Pahig.)
G!
35 Pfg...
n, Eisen...
nlose und...
en Tages...
nepf...
straße 23...
atur...
Expedition...
heim...
m...
K...
er.